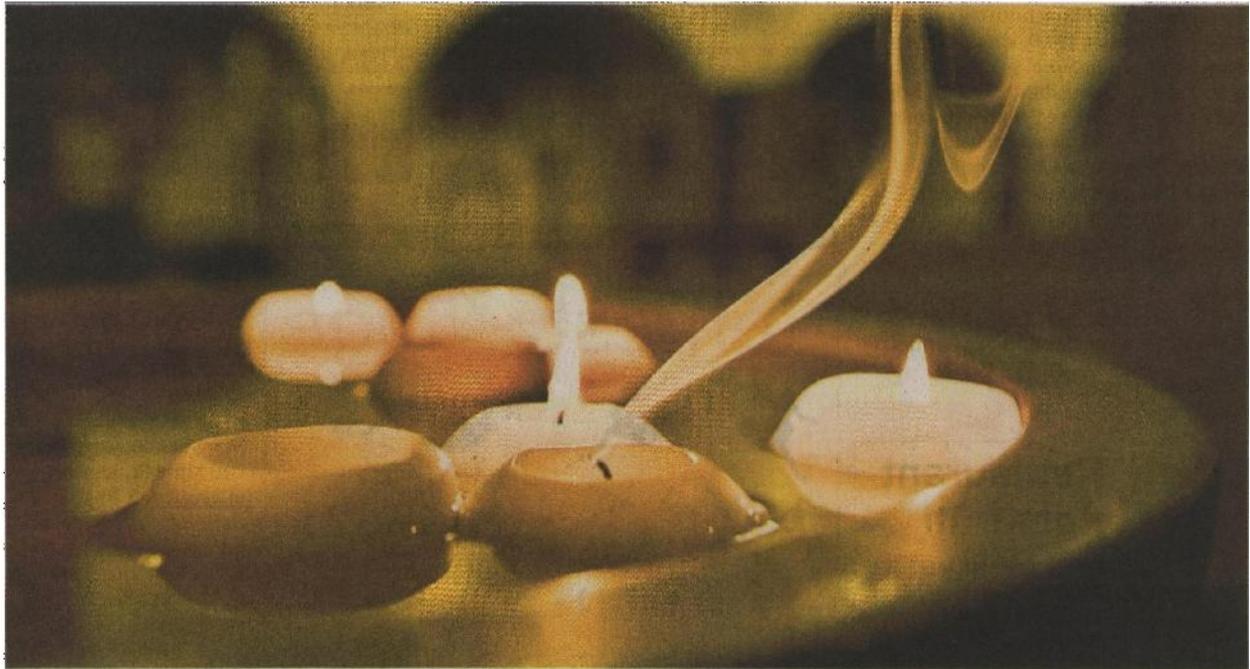


Kirchenrat beharrt auf Studie

Die Evangelisch-reformierte Landeskirche beider Appenzell will wissen, was sie leistet. Studierende sollen dazu eine Studie erstellen. An der Sommersynode ist ein entsprechender Antrag abgeblitzt. Doch der Kirchenrat lässt nicht locker.



Noch nicht zu Rauch verpufft: Die Diskussion über eine Studie zur Erfassung der kirchlichen Leistungen wird neu entzündet.

ROGER FUCHS

AUSSERRHODEN. Das Parlament der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell muss Anfang Dezember erneut darüber befinden, ob man Studierenden der Fachhochschule St. Gallen den Auftrag erteilen soll, in einer Studie die kirchlichen Leistungen zu erfassen. An der Sommersynode wurde dies nach einem Votum von Pfarrer Johannes Stäubli (Waldstatt) abgelehnt. In der Folge kam es zu einem Gespräch zwischen Kirchenrat, dem Büro der Synode und Pfarrer Stäubli. Kirchenrat wie auch das Synodalbüro hätten dabei festgestellt, dass die erste Vorlage von einigen Leuten missverstanden worden sei, sagt Synodal-Präsidentin Susanne Honegger. Es kommt deshalb nun zu einem neuen, modifizierten Antrag.

Stäubli ist jedoch auch mit diesem nicht zufrieden. (siehe Kasten).

Alle Leistungen erfassen

Fakt ist: Die Studie soll alle kirchlich und kirchlich-sozial erbrachten Leistungen aufzeigen und in einem Bericht zusammenfassen. Dazu gehören Leistungen im Bereich Kinder-, Jugend-, Senioren- und Erwachsenenarbeit. Im Antrag der Sommersynode hiess es noch, die «freiwillig erbrachten Leistungen» sollen erfasst werden. Angesichts dieser neuen Ausgangslage kam man schliesslich auch zum Schluss, dass es nicht möglich ist, die Untersuchung intern durchzuführen, wie Johannes Stäubli an der Sommersynode vorschlug.

Ergo soll die Untersuchung nach wie vor von Studierenden der Fachhochschule St. Gallen durchgeführt werden. Sie gliedert

sich in drei Module. Zusätzlich ist im neuen Antrag auch ein optionales Modul 4 vorgesehen, um die erfassten Bedürfnisse hinsichtlich der Zukunft (Teil des Moduls 3) in einen Strategieentwicklungsprozess einfliessen zu lassen. Das Modul 4 ist allerdings nicht Gegenstand des Antrags.

Inzwischen ist auch die katholische Kirche der beiden Appenzeller Kantone auf den Zug aufge-



sprungen und beteiligt sich an Studie wie Kosten. Diese fallen allerdings höher aus als im ersten Antrag und belaufen sich neu auf 30 000 Franken. Das habe mit der wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung des Moduls 3 zu tun, begründet Honegger.

Von Steuergesetz entkoppeln

War in der ursprünglichen Version noch die Rede davon, die gewonnenen Erkenntnisse als Grundlage für finanzpolitische Diskussionen mit dem Kanton verwenden zu können, so will man die Studie nun komplett davon entkoppeln. Gemäss Honegger

gab die geplante Steuergesetzesrevision 2010 zwar den Ausschlag für einen Denkprozess, die Studie soll aber keinesfalls als Druckmittel dienen, um auf Kantonsebene Gelder für die von den Kirchen erbrachten Leistungen zu fordern. «Auf Gemeindeebene hingegen kann die Umfrage als Instrumentarium dienen, Leistungsvereinbarungen zwischen Kirchgemeinde und Gemeinde auszuhandeln oder um Synergien zu nutzen», sagt Susanne Honegger.

Zeitraumen bleibt

Wird der Antrag an der Herbst-

synode gutgeheissen, so kann der erstmalige Zeitrahmen eingehalten werden. Das heisst: Zwischen April und November 2010 erstellen Studierende eine systematische Literaturanalyse bereits vorhandener Studien. Die eigentliche Erhebung (Modul 2) soll zwischen November 2010 und April 2011 stattfinden. Eine dritte Studierendengruppe wird die Erhebungsdaten zwischen April und November 2011 auswerten und je einen Bericht über die Ergebnisse der reformierten und der katholischen Kirche erstellen.

Stäubli weiterhin dagegen

Pfarrer Johannes Stäubli von Waldstatt, der mit seinem Antrag in der Sommersynode erreicht hat, dass die Untersuchung bachab geschickt wurde, sieht auch nach Gesprächen mit dem Kirchenrat noch nicht ein, wofür die Studie und deren Ergebnisse effektiv gut sein sollen. Er werde jedoch

an der nächsten Sitzung nicht mehr dagegen opponieren. Johannes Stäubli wäre lieber, wenn die Ergebnisse nur kirchenintern und nicht als Argumentarium gegenüber Gemeinden verwendet würden. «Kirchen haben ihre Aufgaben selbst zu lösen», sagt er. Doch so lange man beim Staat an-

zapfen könne, brauche man selber weniger Fantasie, um nach Lösungen zu suchen.

Überdies äussert der Pfarrer die Vermutung, dass der Kirchenrat nur deshalb so auf dieser Umfrage beharre, weil man dadurch statistisches Material für künftige Fusionen gewinnen möchte. (rf)